

In Stein gemeißelt!

DER NEUEN BUNDESREGIERUNG
INS AUFGABENBUCH GESCHRIEBEN:

NIEMAND, WEDER REGIERUNG, NOCH PARLAMENT,
NOCH BEHÖRDEN SIND BERECHTIGT, DARÜBER ZU
BEFINDEN, WELCHE MENSCHENRECHTE BEHINDERTEN
MENSCHEN ZUGEBILLIGT ODER ABGESPROCHEN WERDEN.

ES GILT „NIEMAND DARF WEGEN SEINER BEHINDERUNG
BENACHTEILIGT WERDEN.“ (ART. 3 GG)
UND DIE BEREITS VERÖFFENTLICHTEN ENTSCHEIDUNGEN
DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTES HIERZU.
WIR BRAUCHEN EINE SOFORTIGE EHRLICHE UND FAIRE
UMSETZUNG DER BEHINDERTENRECHTSKONVENTION
DER VEREINTEN NATIONEN IN EINER NOVELLIERUNG
DES BUNDESTEILHABEGESETZES
(UND NICHT DIE VORGEGBENE, UNEHRLICHE UND
UNFAIRE UMSETZUNG DER LETZTEN LEGISLATUR).

ForseA

Das INFORUM erhalten zusätzlich alle Mitglieder der Bundestagsausschüsse Arbeit und Soziales, Gesundheit und Haushalt.
Diese entscheiden über den Inhalt des Bundesteilhabegesetzes. (Liste unter <http://tinyurl.com/j4wtol2>)

Editorial	4	Seminar Anmeldung für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen	44
Gedanken zum Jahreswechsel		Rechtliche Information zum Datenschutz	47
Die andere Möglichkeit	5	Arbeitgeber- und Mobilitätsstammtische	47
Bundesteilhabegesetz		Wir begrüßen als neue Mitglieder	47
Teilhabegesetz dringend nachbessern	7	Impressum	48
Umsetzungsbegleitung zum Bundesteilhabegesetz	8	eMail-Adressen	48
Grenzen der Umsetzungsbegleitung	8	Adressen	48
BMAS zur Streichung des SGB-XII-Pflegegeldes	9	Aufnahmeantrag	49
Auftrag an die zukünftige Koalition	9	Satzungsauszug	50
Neuregelungen des Bundesteilhabegesetzes ab 01.01.2018	10	Kurz und bunt -	
Aussagen zum Bundesteilhabegesetz	12	Facebook-Kommentare von Gerhard Bartz	
UN-Behindertenrechtskonvention		15.01.2018 Zur Frage, auf wessen Konto das Bundesteilhabegesetz geht	11
Dicke rote Linien	12	07.02.2018 Zur Erforschung von Armut	11
Politik / Aus den Ländern		03.12.2017 Die Angst der GroKo-Parteien vor den Wählern	15
Gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen	14	09.12.2017 Die SPD und die Gerechtigkeitsdebatte	16
Immer 100 Prozent gegeben	17	22.12.2017 Zum Umgang mit unserer Verfassung	16
Matthias Vernaldi im Kabinett-Gespräch: ... läuft es ja ganz gut ohne Regierung	17	03.02.2018 Zur Behindertenbewegung	21
Menschenrechtsperspektive eröffnen	19	05.02.2018 Zur Wegnahme von Einkommen und Vermögen	21
Abschaffen, Streichen und Nachbessern	19	05.02.2018 Zur BMAS-Anzeige „Achtung, Menschenrechte!“	22
Wo ist das Soziale in der CDU/CSU?	20	13.02.2018 Zur christlichen Politik	24
Inklusive Gesellschaft vorantreiben	21	15.01.2018 Der Unterschied zwischen behinderten Menschen und der CDU	26
Aussagen zur Behindertenpolitik	22	17.01.2018 Zur Regierungs-Politik der letzten Legislaturperiode	26
„Too big to fail!“ - oder: Warum seit Jahren in der deutschen Behindertenhilfe alles anders bleibt	24	19.01.2018 Zur Arbeitsweise der bayerischen Bezirke	26
Die unbefristete Sachgrundlosigkeit des Klodeckels	30	21.01.2018 Hoffnungen auf die SPD	26
Persönliche Assistenz		22.01.2018 Erwartungen an die SPD	27
Assistenz - Mehr als ein Schatten	31	23.01.2018 Gedanken über christliche Politik von Simone Ariane Ahrens-Mende	27
Menschenrecht Persönliche Assistenz - Eine unerledigte Jahrhundertbaustelle	32	23.01.2018 Zum Morgengedanken des SWR	27
Mit 54 im Seniorenheim	35	27.01.2018 Zum Euthanasieprogramm der Deutschen im „Dritten Reich“	28
Nachgefragt: Mit 54 im Seniorenheim	36	28.01.2018 Zur Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft	28
Leben mit Assistenz	38	18.02.2018 Zur SPD-Mitgliederabstimmung über die Große Koalition	28
Abschied		18.02.2018 Zur Gewalt in unserer Gesellschaft	29
Trauer um Keyvan Dahesch	40	22.02.2018 Zum Jahrestag der Hinrichtung von Hans und Sophie Scholl	29
Verschiedenes		22.12.2017 Zum Haushaltungsführungsaufwand	32
Ich will mit Menschen arbeiten, nicht am Schreibtisch Bürokratie erledigen	41	01.02.2018 Zur Kostenübernahme des Assistenzzimmers	38
Literaturtipps		11.02.2018 Zur Weigerung eines Kostenträgers, die Kosten der Assistenz während einer Urlaubsreise zu übernehmen, da Urlaub keine Eingliederungsmaßnahme sei	38
sattes mageres leben	43		
Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen	44		
ForseA intern			
Neue Internetseite	44		

Nichts über uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Leserinnen und Leser,

nun haben wir also wieder eine Regierung, wie zuvor zusammengesetzt aus CDU, CSU und SPD. Aber nun sitzt auch Horst Seehofer mit am Kabinetttisch. Als Innenminister hat er eine gewaltige Stimme und kann uns helfen, aus dem Loch, das uns die letzte Große Koalition gegraben hat, herauszuklettern und an das Sonnenlicht der Behindertenrechtskonvention zu gelangen. Von Bayern aus hat er uns ja bereits mit hehren Worten unterstützt. Nun ist er endlich in der Lage, dies auch am Kabinetttisch wirkungsvoller durchzusetzen. Es gilt, die vielen Ungereimtheiten im Bundesteilhabegesetz zu beseitigen und das Gesetz als Ganzes verfassungsfest zu gestalten. Ich darf an die Worte der damaligen Bundessozialministerin Andrea Nahles erinnern, die Ende 2016 im Bundestag postulierte: „Es können nicht alle Wünsche erfüllt werden!“ Ein Mitglied der Bundesregierung nahm für sich in Anspruch, zu entscheiden, dass unsere Forderungen nach Anerkennung unserer ganz normalen Menschen-

rechte Wünsche wären? Die man erfüllen kann oder auch nicht? Zur Erinnerung: Die Regierung hat einen Eid auf die Verfassung abgelegt. Ist der mehr wert als das Papier, von dem er abgelesen wurde? Nun wird sie also Parteivorsitzende der Traditionspartei und ist gleichzeitig auch Fraktionsvorsitzende. Nicht mehr an die Kabinettdisziplin gebunden, wird sie ihre Einstellung ändern müssen. Menschenrechte sind unabdingbar und die Bindung an den Menschen entsteht mit seiner Geburt. Unlöslich. Es steht nicht zur Debatte, wer hier Hand anlegen kann oder darf! Niemand hat dieses Recht! Kein Amt, kein Parlament, keine Regierung! Von der neuen Regierung erwarten wir, dass ihr Handeln wieder an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet wird. Wie lange will sie noch zuschauen, dass die Rechtsprechung ihre Gesetze neu interpretieren muss, weil die Regierung, getrieben von Kostenträgern und Sozialkonzernen, an der Sozialpolitik des letzten Jahrhunderts festhält?

Durch dieses Versäumnis der Regierung liefert sie Menschen mit Behinderung ungeschützt der Macht der Kostenträger aus. Exemplarisch sei hier der Bezirk Unterfranken genannt. In der Vorweihnachtszeit versandte der Bezirk Briefe, in denen er die Einstellung der Zahlung des SGBXII-Pflegegeldes ankündigte. Die Empfängerinnen und Empfänger hätten noch Gelegenheit zur Stellungnahme. Diese wurde auch wahrgenommen. Postwendend wurden die Einstellungsbescheide verschickt. Einmal sogar einen Tag vor Heilig Abend! Gegen diese Bescheide wurde fristgerecht Widerspruch eingelegt. ForseA bat die Behindertenbeauftragte Frau Badura und Frau Staatsmini-

sterin Müller um Unterstützung und Aufklärung.

Gleichzeitig wurden auch Frau Bentele, Frau Rüffer und Herr Schummer um Unterstützung gebeten. Frau Bentele konnte - wie auch wir - mit dem Inhalt des Bescheides gar nichts anfangen. Frau Rüffer schrieb das BMAS an und bat um Aufklärung. Herr Schummer hatte wohl anderweitig zu tun und meldete sich nicht. Das BMAS erklärte, dass die Bescheide wohl nicht stimmen können. Diese Auskunft leiteten wir wieder an den Bezirk Unterfranken, Frau Badura und an Frau Ministerin Müller, sowie an die Menschen weiter, von denen wir wussten, dass sie hiervon betroffen sind. Der Bezirk versprach uns Prüfung und ggf. Nachzahlung. Nach wenigen Tagen erreichte uns ein Schreiben des Bezirkes, dass er die Angelegenheit an Frau Staatsministerin Emilia Müller zur Prüfung gesandt hat. Diese hat nun die BMAS-Auskunft (s. Seite 9) von zwei Seiten erhalten. Entweder sie lässt sich mit der Prüfung viel Zeit, oder die Auskunft liegt schon in Würzburg vor und man überlegt sich, wie man die Rücknahme formulieren könnte.

Da alles ist überflüssig wie ein Kropf. Es hätte genügt, wenn die Politik Gesetze für Menschen und nicht für Behörden erlassen hätte. Man weiß doch sicher, dass Behörden jeglichen Spielraum ausnutzen und jeden Spalt zur Grube ausweiten, in der wir uns dann wiederfinden. Natürlich haben wir den Rechtsweg. Aber der kostet, was wir Menschen mit Behinderung alle nicht haben: Zeit. Und auch Geld, um auf die Entscheidung zu warten, und nochmal Geld, um Anwälte zu bezahlen, die ohne Zusatzhonorar keine Termine für uns haben.

Wir erwarten also von der Regierung eine entschlossene Korrektur des Bundesteilhabegesetzes. Und nicht am Ende der Legislaturperiode, sondern noch in diesem Jahr. Die Regierung hat uns lange genug angehört. Sie weiß, was gebraucht wird. Wir werden sehen, ob sie im zweiten Anlauf ein Gesetz erlassen kann, das der Verfassung und dem

Artikel 4 der Behindertenrechtskonvention gerecht wird. Das ist nach unserer Auffassung die letzte Chance. Gibt es wieder ein Regieren gegen die Bürgerinnen und Bürger, dann gibt es nur noch ein „Große“ Koalition mit vier oder fünf Partnern. Der dann noch kleinste gemeinsame Nenner ist unter dem Teppichboden zu suchen.

Hoffen wir das Beste. Wir wünschen Ihnen ein schönes Osterfest und einen wunderschönen Frühling!

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz, Vorsitzender

Gedanken zum Jahreswechsel

Die andere Möglichkeit

**kobinet-nachrichten am
01. Januar 2018
von Harald Reutershahn**

939,9 Millionen Kilometer waren wir alle gemeinsam im vergangenen Jahr auf unserer Runde um die Sonne unterwegs. Während dieser Reise sind auf der Erde 14,5 Millionen Menschen verhungert. Davon überdurchschnittlich viele Behinderte, die aus dem Elend noch nicht einmal fliehen können.

Die Reichsten der Reichen sind unterdessen im Jahr 2017 um 1 Billion Dollar reicher geworden. Das veröffentlichte in den letzten Tagen des alten Jahres der Finanzdienst Bloomberg, der täglich eine Milliardärs-Rangliste ermittelt. Der Vermögenszuwachs der reichsten Milliardäre betrug am zweiten Weihnachtsfeiertag 23 Prozent innerhalb eines Jahres. Wie haben die das gemacht? Woher kommt so viel Geld? 1 Million Millionen (1.000.000.000.000) mehr allein in den Taschen der 500 Reichsten.

Das sind keine Sterntaler, denn die Moneten fallen im Unterschied zu Kometen bekanntlich nicht vom

Himmel. Wenn die Reichen immer reicher werden, muss das Geld irgendwo herkommen. Und alle wissen woher, es wird nämlich den Armen und Ärmsten überall in der Welt weggenommen. Auch und besonders aus Deutschland.

Mit den 1 Billion Dollar Jahresverdienst der Reichsten der Reichen hätte kein einziger der 14,5 Millionen Menschen verhungern müssen. Im Gegenteil. Jeder von ihnen hätte täglich 189 Dollar bekommen können. Das wären 69.000 Dollar in diesem einen Jahr für jeden gewesen. Davon hätte sich jeder einzelne der verhungerten Menschen 37 Jahre lang sattessen können. Das ist Kannibalismus.

Mit einer Armutsquote von 15,7 Prozent hat Deutschland einen neuen Höchststand erreicht, berichtete bereits am 2. März der Paritätische Wohlfahrtsverband in Berlin. Erschütternde Zahlen, die bestätigt werden durch das Statistische Bundesamt. Mehr als 330.000 Haushalten in Deutschland war nach einer offiziellen Auskunft der Bundesregierung bereits der Strom abgestellt worden. Eine Katastrophe für Millionen Menschen in den kalten und dunklen Wintermonaten. Deutschland, so wurde festgestellt, ist Eu-



Harald Reutershahn
© Bettina Wöllner-Reutershahn

ropameister im Energiesperren. Den Ärmsten der Armen wird in Deutschland der Hahn abgedreht, während sich die Milliardäre in den Steuerparadiesen sonnen.

„Wer arm ist, bleibt häufig arm“, stellte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fest. Besonders betroffen sind Kinder, alte und behinderte Menschen, die Leiharbeiter, die Niedriglohnbeschäftigten, und immer mehr Menschen werden genötigt, sich in prekären Verhältnissen zu verkaufen.

Nichts über uns ohne uns!

So endete das Jahr 2017.

Die Bundestagswahl sollte den längst überfälligen Kurswechsel vom Sozialkahlschlag zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit bringen. Diese Hoffnung ist jedoch vorerst gescheitert. Die Wahlverlierer der GroKo haben fertig und versuchen nun mit dem alten Stroh an KoKo (Kokolores: südhessisches Wörterbuch - Bd. III, 1977 - als unglaubwürdiges Gerede, Unsinn, törichtes Geschwätz, dummes Zeug, auch als Durcheinander) zu stricken. Eine neue Regierung der sozialen Wende ist dabei nicht in Sicht.

So beginnt das Jahr 2018.

„Konsequenz aus all den ‚geklauten Jahren‘ im Rückblick: ‚Im Westen nichts Neues‘: Kein Fortschritt seit Zusatz zum Grundgesetz 1994: ‚Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden‘; kein Fortschritt seit der Ratifizierung der UN-BRK 2009 durch die Bundesrepublik Deutschland ... Wie geht es im nächsten Jahr weiter?“ fragte die Leserbriefschreiberin „kirsti“ am 28.12.2017 in den kabinetsnachrichten zu dem Artikel „Ein geklautes Jahr ist vorbei“ von Gerhard Bartz.

Es wird einfach weiter gemacht, kopflos, sinnlos, planlos, aussichtslos. Als sinnfälliges Musterbeispiel steht dafür ein Projekt wie der Stuttgarter Hauptbahnhof. „Oben bleiben“ wurde niedergeknüppelt, und die Abrissbagger haben „Stuttgart 21 plus“ unwiderruflich unumkehrbar gemacht. Es sollte „der modernste Bahnhof Europas“ werden. Im Dezember wurde bekannt: Es wird der teuerste Bahnhof der Welt, und er wird auch bis 2021 nicht fertig. Statt 2 Milliarden wird er am Ende 10 Milliarden kosten, und wann immer dieses große

Loch ein Ende haben wird, wird es die dümmste und längste Baustelle der Welt gewesen sein. Man stelle sich vor: Für 10 Milliarden Euro hätte man stattdessen die marode und rückständige Deutsche Bahn nach einem modernen Konzept als barrierefreies Verkehrssystem auf die Schiene stellen können.

Hätte, wäre, wenn ... - ist aber nicht. Warum nicht? 1. Deutschland ist ein politisches Deppendorf (pardon Herr Deppendorf, das ist nicht persönlich gemeint). 2. Die Wirtschaft brummt, und die Aktionäre verdienen sich dumm und dämlich daran, dass Sinnlosigkeiten wie Schadstoff-Betrugsmotoren, Flughäfen, auf denen kein Flugzeug startet oder landet, weil sie nicht gebraucht oder niemals fertig werden, Wohnungen als spekulative Luxusimmobilien, die sich Menschen, die dringend Wohnungen brauchen, niemals leisten können, ein marodes und völlig rückständiges Bildungssystem gegenübersteht, in dem junge Menschen nicht ausgebildet, sondern selektiert und ausgesondert werden, und das bei jeder neuen Pisa-Studie im internationalen Ranking sitzen bleibt, obendrauf wird in Deutschland immer noch eine längst anachronistische Klassenmedizin aus der Klamottenkiste vorsintflutlicher Privilegien für Privatpatienten finanziert, mit der die Pharmakonzerne gigantische Milliardenprofite erzielen ... Ist doch offenbar gar nicht nötig, dass die Politik in Deutschland zu Verstand kommt. Schließlich wird dieser Quatsch auch immer quätscher, weil er nicht konsequent und endgültig abgewählt wird.

Was passiert inzwischen im Deutschen Bundestag? Zwei Tage vor Nikolaus musste selbst die erzkonservative Zeitung „Die Welt“

feststellen: „Abgeordnete langweilen sich im Bundestag“. Sie bekommen für ihre Abgeordnetentätigkeit monatlich 10.000 Euro und jammern, sie hätten nichts zu tun. Tatsächlich haben sie es in den drei Monaten nach der Bundestagswahl geschafft, noch keinen einzigen Fachausschuss im Parlament zu konstituieren. Und merkwürdigerweise läuft die Staatsmaschine davon völlig unbeeindruckt weiter. Die Regierung regiert (immer noch weiter), das Parlament segnet so weitreichende Beschlüsse wie die Verlängerung der Kriegseinsätze in Afrika und anderswo ab, und auch die Etablierung der künftig drittstärksten Armee der Welt, der europäischen Militäroperation „Pescoc“ ging weitgehend geräuschlos über die Bühne.

Nun kommt dabei inzwischen allerdings die ganze kapitalistische Staatstheorie ins Wanken. Wiederrum stellte „Die Welt“ fest, dass die (nicht gewählten) Fachausschüsse eigentlich „die entsprechenden Ministerien spiegeln“ müssten, denn eigentlich müsste das Parlament die Struktur der Bundesregierung bestimmen und nicht umgekehrt. Derzeit jedoch hat die Regierung das Parlament an der Leine.

Auf diesem Weg ist der Bundestag dabei, sich für die nächsten vier Jahre in die Rolle des bestbezahlten Debattierclubs in Deutschland zu verabschieden und die Gesetzgebungsgewalt an die Regierung zu übergeben. Die Regierung entwickelt dann im Einvernehmen mit den finanzstarken Lobbyverbänden der Privatwirtschaft die Gesetzesinitiativen, die der Bundestag anschließend notariell absegnen darf. Was übrig bleibt ist eine Hülle der wirklichen Machtverhältnisse, durch die der Parlamentarismus nur

noch notdürftig imitiert wird. In der Konsequenz bedeutet das: Bei Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten können die Wähler in der Regel nur noch entscheiden, wer ihre Rechte mit Füßen tritt. Und irgendwie hat sich das schon immer so angefühlt. Oder etwa nicht?

Erfolgreich aktiv zu werden für die uneingeschränkte Umsetzung von internationalen Menschenrechten wie der UN-Behindertenrechtskonvention und für die inklusive Gesellschaft heißt, statt mit dem Kopf ständig gegen politische Betonwände anzurennen, den Kampf für die Menschenrechte in Deutschland vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wir können weiter wie bisher der Politik und den Parteien mit unseren Forderungen hinterherrennen und uns immer wieder aufs Neue einwickeln lassen. Aber die

Erfahrung lehrt uns, dass wir damit nicht erfolgreich sind.

Wenn wir auf die Dauer keine Papiertiger und keine Kuschelmiezen sein wollen, dann müssen wir bereit sein, für unsere Rechte zu kämpfen, für eine andere Gesellschaft, für eine inklusive Gesellschaft. Die sich uns dabei entgegenstellen, geben sich zu erkennen als unsere Behinderer.

Die Zeit des Stillhaltens geht zu Ende. Behinderte, Ausgesonderte und Benachteiligte in dieser Gesellschaft brauchen ihre Kampfplätze nicht lange zu suchen, sie sind überall. Wir finden sie auf den Straßen und auf den Plätzen, in den Werkstätten und den Heimen, vor den Barrieren und den Selektionsrampen der Demütigungsbürokratie.

Wehrt Euch gegen Behördenwillkür und politische Ignoranz.

Steht auf, wenn man Euch erniedrigt.

Widersetzt Euch, wenn Ihr nicht aufstehen könnt.

Empört Euch, wenn man Euch missachtet.

Kämpfen hilft, unsere Gegner erkennbar zu machen. Kämpfen hilft, die eigene Situation besser zu verstehen. Kämpfen zeigt uns Wege auf, wie wir es besser machen können. Kämpfen hilft, die eigenen Interessen unverfälscht formulieren zu können und zu erkennen, wer sich unseren Menschenrechten und unserer Selbstbestimmung entgegenstellt. Kämpfen hilft, denn: „Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.“ (Albert Einstein)

Bundesteilhabegesetz

Teilhabegesetz dringend nachbessern

**kobinet-nachrichten am
01. Dezember 2017
von Franz Schmahl**

Das Bundesteilhabegesetz muss nach Ansicht von Corinna Rüffer dringend nachgebessert werden. Die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen erklärte heute zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen: „Vor einem Jahr wurde das Bundesteilhabegesetz beschlossen. Trotzdem sind wir noch weit entfernt davon, dass behinderte und nichtbehinderte Menschen in Deutschland gleichberechtigt leben. Daran wird auch das Bundesteilhabegesetz nichts



Corinna Rueffer © Irina Tischer

ändern, denn entgegen seines Namens stärkt es die Teilhabe behin-

derter Menschen kaum. Wer auch immer die neue Bundesregierung bildet, muss das noch junge Gesetz daher dringend nachbessern.“

Das Recht, selbstbestimmt über den eigenen Wohnort zu entscheiden, müsse auch für behinderte Menschen gelten, so Rüffer: „Niemand darf weiterhin dazu gezwungen werden, in einem Wohnheim zu leben. Das gilt auch für Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf, für die es bereits jetzt teilweise sehr schwierig ist, überhaupt jenseits des Elternhauses zu leben. Darüber hinaus müssen Teilhabeleistungen komplett finanziert werden, denn es ist ungerecht, wenn behinderte Menschen selbst für etwas bezahlen müssen, was für nichtbehinderte Menschen selbstverständlich ist.“

Nichts über uns ohne uns!

Auch in anderen Bereichen besteht dringender Handlungsbedarf, meint die grüne Abgeordnete: So sind rund 85.000 behinderte Menschen noch immer vom Wahlrecht ausgeschlossen. Der neugewählte Bundestag sollte die nächste Gelegenheit nutzen, die Wahlrechtsausschlüsse zu streichen.

Umsetzungsbegleitung zum Bundesteilhabegesetz

kobinet-nachrichten am
11. Dezember 2017
von Ottmar Miles-Paul



© kobinet/Ht

Das Bundesteilhabegesetz soll mit seinen umfangreichen Rechtsänderungen dazu beitragen, Menschen mit Behinderungen eine möglichst volle und wirksame Teilhabe in allen Bereichen für eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Nun ist es an den Leistungsträgern und Leistungserbringern, die komplexen Neuregelungen in die Praxis umzusetzen. Das vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge durchgeführte Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“ unterstützt die (zukünftigen) Träger der Eingliederungshilfe in diesem Prozess mit Informationen, Fachdiskussionen auf einer eigens dafür geschaffenen Website und durch Veranstaltungen.

Link zur Webseite zur Umsetzungsbegleitung des Bundesteilhabegesetzes:

<https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/>

Grenzen der Umsetzungsbeteiligung

von Gerhard Bartz

Am 11.12.2017 stellte ich der Umsetzungsbeteiligung des Bundesteilhabegesetzes folgende Frage: „Seit Beginn dieses Jahres gibt es immer wieder Probleme damit, dass Sozialhilfeträger das (anteilige) Pflegegeld nach SGB XII kurzerhand einstellen. Obwohl die Formulierungen identisch sind und das Thema lediglich etwas nach vorne gerückt wurde, gibt es beispielsweise folgende Begründungen:

- Durch das Betreuungsgeld fällt das Pflegegeld weg

- Das Pflegestärkungsgesetz vermindere das Pflegegeld

- Das Pflegegeld wird nur gezahlt, wenn ambulante Dienste eingesetzt werden.

Nach meinem Dafürhalten stimmt das alles nicht und erinnert fatal an die Streichung des Besitzstandspflegegeldes in den 90ern. Wer kann hier konkrete Aussagen machen?“

Am 13.12.2017 erhielt ich folgende Nachricht: „Herzlichen Dank für Ihren Beitrag auf www.umsetzungsbegleitung-bthg.de/! Wir haben Ihren Beitrag soeben veröffentlicht und arbeiten an einer Antwort. Bitte haben Sie Verständnis, dass die Beantwortung Ihrer

Frage einige Zeit in Anspruch nehmen kann.“

Und am 02.01.2018 wurde die Akte wieder geschlossen: „Leider sehen wir im Rahmen des Projekts keine Möglichkeit, Ihre Frage online zu stellen und öffentlich zu beantworten. Dies hat einen einfachen Grund: Es handelt sich um eine Frage, die ausschließlich mit dem SGB XI und der "Hilfe zur Pflege" im SGB XII zu tun hat. Das Projekt dient jedoch dazu, mit dem BTHG zusammenhängende Probleme darzustellen und zu diskutieren. Aus diesem Grund wird die Schnittstelle zwischen dem SGB XI und der Eingliederungshilfe/Hilfe zur Pflege ein Thema des Projekts sein. Eine umfassende Rechtsberatung für Menschen mit Behinderung in allen für sie relevanten Rechtskreisen sprengt diesen Rahmen deutlich und ist uns auch aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Bitte haben Sie dafür Verständnis.“

Anmerkung hierzu

Da schöpft man Hoffnung, endlich mal eine kompetente Stelle für seine Fragen gefunden zu haben. Und schon muss man feststellen, dass die Kompetenz gerade so eingeschränkt ist, dass man mit seiner Frage außen vorbleiben muss. Und dann soll man auch noch Verständnis haben. Fällt schwer.

Viele Menschen sind zu gut erzogen, um mit vollem Mund zu sprechen, haben aber keine Probleme, dies mit leerer Kopf zu tun.

Orson Welles